

Offene Worte

Online Nr. 208

Zeitung der LINKEN für den Barnim 4. Dez. 2022, 32. Jahrg.



LINKE im Bundestag: Vorschlag der Wirtschaftsweisen umsetzen

„Trotz Preisexplosion und Energiekrise können sich viele DAX-Konzerne über hohe Gewinne freuen. Nach einer Prognose des „Handelsblattes“ werden sie im Frühjahr 2023 so viel Geld an ihre Aktionäre ausschütten wie noch nie“, erklärt DIE LINKE im Bundestag auf Instagram. Deshalb sei jetzt die richtige Zeit, Dax-Manager mit Multi-Millioneneinkommen an den Krisenkosten zu beteiligen!“, erklärt die Linksfraktion.

Denn das fordern inzwischen sogar die Wirtschaftsweisen in ihrem Gutachten für die Bundesregierung. DIE LINKE stellte dazu am 29. November einen Antrag an den Bundestag, den Vorschlag der Wirtschaftsweisen umzusetzen. Darüber muss noch entschieden werden. Die Wirtschaftsweisen schlagen einen Energie-Soli oder eine „zeitlich streng befristete Erhöhung des Spitzensteuersatzes“ für Besserverdienende vor.

Lesung mit Landolf Scherzer

10. Dezember, 17 Uhr, Lesung mit Landolf Scherzer aus seinem neuen Buch: *Leben im Schatten der Stürme – Erkundungen auf der Krim*.

Landolf Scherzer, „Spezialist für Recherchen vor Ort“, fuhr 2019 auf die Krim. Er ahnte nicht, dass es der Vorabend eines Krieges zwischen Russland und der Ukraine war. Aber aus seinen Beobachtungen und Begegnungen wird die historische Dimension der Konflikte deutlich. Das Porträt einer Krisenregion entsteht, das weder vereinfacht noch verurteilt und dadurch umso wahrhaftiger und lebendiger ist.

Landolf Scherzer, 1941 in Dresden geboren, lebt als freier Schriftsteller in Thüringen.

Veranstaltungsort: Rotunde, Zepernicker Chaussee 24, Bernau;
Preis: 6 Euro.

Vorverkauf: Buchhandlung „Schatzinsel“ Tel.: 03338/761991, email: info@schatzinsel-berna.de.

Eine Gemeinschaftsveranstaltung der Buchhandlung „Schatzinsel“ und des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V..

„49-Euro-Ticket - Ja, nein, vielleicht?“

Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag: Der Brandenburger Verkehrsminister muss sich endlich für die Entlastung der Pendler:innen und Familien einsetzen

Das 49-Euro-Ticket soll laut Bundesregierung und den Ländern „schnellstmöglich“ im nächsten Jahr eingeführt werden. Wann genau, ist bisher nicht klar. Die Verkehrsminister wollen es zum 1. April einführen, der Verband der Verkehrsunternehmen hat in dieser Woche laut und deutlich gesagt, dass eine Einführung erst zum 1. Mai möglich sein wird. Das Ticket soll es in einem monatlich kündbaren Abo geben, deutschlandweit im gesamten öffentlichen Personennahverkehr einsetzbar, ausgeschlossen sind Fernzüge wie IC, ICE und EC.

Hauptproblem: Die Finanzierung dieses Deutschlandtickets ist immer noch nicht geklärt. Es soll zunächst bis Ende 2024 je zur Hälfte von

Bund und Ländern finanziert werden. Auf eigene Kosten können die Länder noch eigene Tickets einführen. So gibt es in Berlin bereits seit Oktober ein 29-Euro-Monatsticket, das bis März 2023 erhältlich ist. Dieses Ticket gilt für die Bereiche A/B, der C-Bereich ist ausgeschlossen, diese Anschlüsse führen bis nach Brandenburg. Dass sich der Brandenburger Verkehrsminister mit Berlin nicht einigen konnte, kritisierte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, in dieser Woche erneut. „Herr Beermann (CDU) erklärt immer nur, was alles nicht geht. Aber er ist der Verkehrsminister für Brandenburg, ich erwarte, dass er sagt, wie etwas für Brandenbur-

ger:innen gehen kann“, forderte Walter. Dies sei eine peinliche Debatte, so der Fraktionschef der LINKEN. „Wir brauchen ein 29-Euro-Ticket auch für Brandenburg und ein 9-Euro-Sozialticket. Es wäre eine sofortige Entlastung für Pendler:innen, für Familien.“ Die Argumentation, dass Brandenburg – im Gegensatz zu Berlin – ein Flächenland mit verschiedenen Verkehrsbetrieben ist, lässt Walter nicht gelten. Denn zum Beispiel auch in Niedersachsen plant die neue Landesregierung ein landesweites Ticket für 29 Euro im Monat für Schüler:innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende.

Der Hauptstreitpunkt zwischen Bund und Ländern: Die Bundesregierung will die Finanzierung des

49-Euro-Tickets faktisch bei 3 Milliarden Euro deckeln, so dass Bund und Länder jeweils 1,5 Milliarden Euro zahlen. Die Verkehrsunternehmen gehen davon aus, dass das Ticket insgesamt 4,7 Milliarden Euro kostet. Über die Differenz geht der Streit. DIE LINKE im Bundestag fordert, sich an die ursprüngliche Vereinbarung zu halten: Nämlich die tatsächlich entstehenden Kosten hälftig zwischen Bund und Ländern aufzuteilen, heißt es auf Instagram.

Unabhängig von den Kosten für das Deutschland-Ticket, meint Sebastian Walter: Auf keinen Fall darf bei Taktfrequenzen und bei Investitionen in den Verkehr gespart werden. Diese müssen von Bund und Ländern weiter ausgebaut werden. **bc**

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
7. Dezember 2022